Aus dem bisherigen Ergebnis des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms und der dabei geleisteten politischen Arbeit zog die Kreisleitung einige Schlußfolgerungen. Die Wohnparteiorganisationen traten bisher zu schwach in Erscheinung. Sie verstanden noch nicht genügend, die "große" Politik mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ihrer eigenen Stadt zu verknüpfen und die Zusammenhänge der Bevölkerung zu erklären. Aber gerade das Wohnungsbauprogramm ist ein Mittel, das die Parteiorganisationen bei ihrer Agitation nutzen sollten, um mit der Bevölkerung mehr ins politische Gespräch zu kommen. Ein weiterer Mangel ist, daß die Presse die Leistungen der Arbeiter, Handwerker und der vielen anderen freiwilligen Helfer zu wenig würdigt und verbreitet. Das müssen wir ändern, weil bei einer besseren Würdigung der Aufbauleistungen die Mitarbeit der Bevölkerung noch stärker wird.

Die Kreisleitung muß auch mit Hilfe der Parteigruppe des Kreistags erreichen, daß sich der zusätzliche Wohnungsbau auf das gesamte Kreisgebiet ausdehnt und nicht auf die Kreisstadt beschränkt bleibt. Denn bekanntlich ist es das Ziel der Partei, die Zurückgebliebenheit des Dorfes zu überwinden. Weiterhin gilt es in den Baubetrieben, durch eine gute Parteikontrolle zu sichern, daß noch billiger und materialsparender gebaut wird.

Bei der verstärkten Ausnutzung der örtlichen Reserven haben wir auch einige gute Erfolge. So hat sich z. B. die Belegschaft der wieder in Gang gesetzten Ziegelei in See verpflichtet, 1957 zwei Millionen Ziegelsteine zu produzieren. Die Belegschaft der Kodersdorfer Dachziegel werke leistet in diesem Jahr ebenfalls Sonderschichten, um 157 000 Dachziegel für das Nationale Aufbauwerk zu liefern. Daß diese Belegschaften so große Bereitschaft zeigen, unseren wirtschaftlichen Aufbau noch mehr zu forcieren, ist vor allem ein Verdienst der guten Aufklärung durch die Parteiorganisationen. Sie setzten dem Beschluß des Politbüros vom 18. Februar 1957 entsprechend alles daran, um eine maximale Steigeder Baustoff Produktion zu erzielen; denn ohne zusätzliche Baustoffe können selbstverständlich auch nicht mehr Wohnungen gebaut werden. Baustoffe, das ist gegenwärtig das A und O innerhalb der gesamten Bau Wirtschaft. Und hier muß die Partei in den Kreisen beginnen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Beschluß des ZK, 100 000 zusätzliche Wohnungen zu bauen, erfüllt werden kann. ErichSchulze

2. Sekretär der Kreisleitung Niesky/OL

Die Rechte der Volksmacht ermöglichten eine großzügige Planung der Städte und Gebiete. Zum erstenmal wurde es möglich, den Aufbau ganzer Städte und die Rekonstruktion ganzer Gebiete zu gestalten. Während früher die Interessen der Konzernherren, Bankherren und kapitalistischen Bodenspekulanten maßgebend waren, ist im neuen Deutschland das Volksinteresse maßgebend.

WALTER ULBRICHT auf der Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. bis 6. April 1955